

ANNELIESE BRAUN

Arbeitsverhältnisse – ihre Trends und Alternativen aus feministischer Sicht

Die Teilnahme an der Erwerbsarbeit erweist sich noch immer für relativ wenige Frauen als eine existenzsichernde berufliche Perspektive. Und dennoch beginnen aktuelle wirtschaftliche Prozesse selbst die noch unbefriedigenden Gleichstellungsergebnisse vieler Frauen zunehmend in Frage zu stellen. Damit droht eine Entwicklung, wonach die Bemühungen der offiziellen Gleichstellungspolitik, wie um Quotierung und um Gleichstellungsgesetze (nicht nur im öffentlichen Sektor, sondern auch in der Privatwirtschaft), die Mehrzahl der Frauen nicht mehr erreichen und sich eine Hauptströmung im Denken etabliert, die ausgehend von den Positionen privilegierter Frauen die Gleichstellungsfrage faktisch als gelöst ansieht.¹ Aus den feministischen Auseinandersetzungen über ›Patriarchat-Ost‹ und ›Patriarchat-West‹ Anfang der neunziger Jahre² läßt sich demgegenüber ableiten, daß Erwerbsarbeit eine zwar notwendige, aber keineswegs hinreichende Bedingung für eine Gleichstellung der Geschlechter darstellt. Soll nicht zugelassen werden, daß Gleichstellungspolitik ihren emanzipatorischen Inhalt vollends verliert, ist gezielter Widerstand nötig. Dieser findet fundierte Angriffspunkte in aktuellen Veränderungen der Arbeitsverhältnisse.³

Frauen in der »postindustriellen Arbeitsgesellschaft«

Auf dem Arbeitsmarkt ist ein scheinbares Paradoxon zu erkennen. Danach suchen Frauen auch weiterhin dringend nach Erwerbsarbeitsplätzen⁴, während gleichzeitig die heutige Erwerbsarbeit zunehmend unter Kritik gerät, weil ihre aktuellen Tendenzen im wachsenden Maße eine soziale Gleichstellung der Geschlechter sowie die Lebensgrundlagen selbst irreversibel bedrohen. Zu erörtern ist deshalb, worauf sich unter diesen Bedingungen emanzipatorische Frauenpolitik stützen kann. ›Alte‹ feministische Forderungen zu Arbeitsverhältnissen lassen sich in *drei grundlegenden Punkten* zusammenfassen: das »Recht auf Erwerb«, das Recht auf eigenständige Existenzsicherung durch die eigene Arbeit und die Forderung nach Anerkennung der Gesamtarbeit, das heißt, von Familien- und Erwerbsarbeit. Diese Forderungen waren überwiegend ein Beitrag der neuen Frauenbewegung, die auch den Kampf um universelle Menschenrechte voran brachte. Sie sind mit solchen Frauen verbunden wie mit der amerikanischen Feministin *Christine Delphy*, mit *Claudia von Werlhof*, mit *Alice Schwarzer*, in jüngster Zeit mit *Carola Möller* und *Gisela Notz*, um nur einige als stellvertretend für viele zu nennen.

Anneliese Braun – Jg. 1933; Prof. Dr., forscht zu arbeitsmarktpolitischen, sozial- und frauenpolitischen Fragen, beschäftigt sich mit feministischen Positionen und nichtpatriarchalischen Alternativen; zuletzt in *UTOPIE kreativ*: »Zwischen Produktion und Reproduktion des Lebens – marxistische und feministische Ideen vor gemeinsamen Herausforderungen?« (Nr. 109/110; November/Dezember 1999). Der vorliegende Text ist eine überarbeitete Fassung eines Vortrags auf der Beratung der bundesweiten Frauenarbeitsgruppe in der PDS (LISA) in Zechliner Hütte im September 2000.

1 Vgl. Fay Weldon: Wir haben den Feind verloren, in: Alice Schwarzer (Hg.): Man wird nicht als Frau geboren, Köln 2000, S. 161-173.

2 Vgl. Frigga Haug in West-östliches Patriarchat, in: Das Argument, Nr. 184 (1990).

3 Arbeitsverhältnisse werden hier gewählt, um zu betonen, daß es dabei jeweils ebenfalls um gesellschaftliche Verhältnisse geht, in denen Arbeit organisiert wird. Sie stellen ein Element sowohl der Produktions- als auch der Reproduktionsverhältnisse dar.

4 Dabei geht es ihnen vor allem um ein existenzsicherndes Einkommen und die Möglichkeit der Vereinbarung von Erwerbs- und Familienarbeit.

5 Vgl. DIW-Wochenbericht, 29/2000, S. 460.

6 Die Teilnahme von Frauen an der Erwerbsarbeit allein sagt vergleichsweise auch noch nicht unbedingt etwas über ihre Möglichkeiten aus, eigenständig die Existenz zu sichern. Im Jahre 1999 sicherten zum Beispiel Frauen aus Westdeutschland zu 31,6 Prozent ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbstätigkeit, in Ostdeutschland 36 Prozent; überwiegend von Angehörigen (vorwiegend der männlichen Partner) unterhalten wurden 40,7 Prozent in Westdeutschland und 20,8 Prozent in Ostdeutschland. Vgl. Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (Hrsg.): Frauen in Deutschland – 10 Jahre nach der Einheit – Daten und Fakten, August 2000, S. 35.

7 Vgl. Gerhard Engelbrech: Folgen der Beschäftigungskrise, in: IAB Werkstattbericht, Nr. 3 (vom 12. März 1999), S. 7 ff.

Um zu analysieren, wie es heute mit dem »Recht auf Erwerb« aussieht, interessiert zunächst die Frage, was sich in der Erwerbsarbeit verändert(e) und wie dies verschiedene Gruppen von Frauen betrifft. Wenn den Statistiken (dem Sozio-ökonomischen Panel) zu glauben ist, waren in Deutschland 1998 fast 70 Prozent aller Frauen erwerbstätig.⁵ Allerdings sind derartige Angaben in mehrfacher Hinsicht zu relativieren. Sie beziehen sich auf die *Anzahl* der erwerbstätigen Frauen, setzen also die geringfügig beschäftigte Packerin im Lebensmitteldiscounter mit einer vollzeitbeschäftigten Managerin bei der Telekom gleich. Gerade bei der Frauenerwerbsarbeit wird die Zahl der beschäftigten Frauen so *überschätzt*, die Zahl der geleisteten *Arbeitsstunden* gäbe ein realeres Bild, ist aber leider nicht verfügbar.

Bezogen auf den *Grad der Frauenerwerbstätigkeit* haben sich auf Grundlage obiger Quelle Ost- und Westdeutschland fast angeglichen: In Ostdeutschland waren danach 1998 68,9 Prozent aller Frauen im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig (diese Angaben sind allerdings eher zu niedrig, wegen der hier höheren Arbeitszeit und der – noch – relativ geringeren Anteile von Teilzeitarbeit und geringfügigen Beschäftigten). In Westdeutschland waren es 68,4 Prozent (dies ist wiederum vergleichsweise zu hoch geschätzt, vor allem wegen höherer Anteile von Teilzeitarbeit und von geringfügiger Beschäftigung).⁶ Künftige Trends begünstigen auch weiterhin die Erwerbstätigkeit von Frauen im Westen Deutschlands und benachteiligten Frauen im Osten.⁷ Selbst wenn die genannten Relativierungen berücksichtigt werden, haben sich in der Tendenz die konservativen Voraussagen von *Biedenkopf* und anderen für ostdeutsche Frauen leider bestätigt. Zwar ist ihr Wunsch, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen, ungebrochen⁸, er wird jedoch nach wie vor nur sehr eingeschränkt zur Wirklichkeit. Infolgedessen sind in Ostdeutschland mehr Frauen als arbeitslos gemeldet oder befinden sich in Fortbildung und Umschulung als in Westdeutschland (23,3 Prozent in Ostdeutschland gegenüber 9,8 Prozent in Westdeutschland). Demgegenüber gehören zur »Stillen Reserve« in Westdeutschland 5,9 Prozent und in Ostdeutschland 1,9 Prozent der Frauen.⁹

Nun stellen Unternehmen aber lieber Bewerber oder Bewerberinnen aus der »Stillen Reserve« als aus der Arbeitslosigkeit ein.¹⁰ Also bestehen auch hier schlechtere Chancen für erwerbslose ostdeutsche Frauen.¹¹ Sie spüren bisher wenig von der weiter steigenden Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften – allerdings nach wie vor hauptsächlich in Teilzeitarbeit – im Westen Deutschlands. Das wiederum bewirkt, daß oft ein Erwerbsarbeitsplatz um jeden Preis akzeptiert¹² und der Blick für neue Abhängigkeiten verstellt wird, die sich in den Erwerbsarbeitsverhältnissen entwickeln und die offen, aber auch verdeckt sich wie Gifte in der Nahrungskette weiter ausbreiten und schließlich irgendwie alle erreichen.

Diese Veränderungen hängen vor allem mit der sich herausbildenden »postindustriellen« Entwicklungsstufe des patriarchalen Kapitalismus zusammen, der alle Lebenstätigkeiten tendenziell total und global vermarktet. Eine der folgenreichsten Veränderungen besteht darin, daß die Erwerbsarbeit sich in den letzten Jahrzehnten *allgemein verbreitet hat* und die *Zunahme der Frauenerwerbsarbeit ist*

Teil dieses Trends. Noch bis Mitte des 20. Jahrhunderts hatten viele Arbeiter nebenbei einen Rückhalt außerhalb ihrer Erwerbsarbeit. Entweder sie bewirtschafteten daneben selbst – hauptsächlich aber ihre Ehefrau oder Mutter – eine kleine Bauernwirtschaft, einen Nutzgarten oder sie konnten in ihre Familien auf dem Lande zurückkehren und sich dort durchschlagen, bis die Zeiten besser wurden. Heute sind selbst die eigenständigen Einzelhändler am Verschwinden, viele Handwerksberufe sind bereits ausgestorben.

Die Existenzgrundlage der meisten Menschen hängt ausschließlich davon ab, daß sie an der Erwerbsarbeit teilhaben. Das macht sie abhängiger, ihr Leben ist risikoreicher, sie sind erpreßbarer. Andererseits haben sich viele Menschen in der Erwerbsarbeit Ressourcen erworben, wie Bildung, Wissen, aber auch soziale, organisatorische, kommunikatorische Kompetenzen, die sie in die Lage versetzen, anders als bisher arbeiten und leben zu können.

Die heutige allgemeine Erwerbsarbeit ist also eine verhältnismäßig junge Erscheinung. Arbeitsverhältnisse sind historisch geprägt, sind veränderlich und werden sich also auch künftig wandeln. Das begründet die Hoffnung, daß sich auch die heutigen Konflikte und Krisen in der Arbeit als überwindbar herausstellen.

Besonders die *Zunahme der Frauenerwerbsarbeit* hat davon profitiert, daß zunehmend *Bereiche in den Markt einbezogen* wurden und werden, die auch das *Leben außerhalb der Erwerbsarbeit selbst vermarkten*. Das betrifft nicht nur das, was als »Freizeitindustrie« oder als »Erlebnisgesellschaft« beschrieben wird (wie Tourismus, Einkaufen in einer »Erlebniswelt«, Vermarktung des Leistungssports und der individuelle Fitness-Kult). Es betrifft zunehmend auch solche sensiblen Bereiche, wie wissenschaftliche und künstlerische Leistungen, die Medien, die Erziehung der Kinder. Das ist eine durchaus zweischneidige Angelegenheit, denn das, was der Markt auf diesen Gebieten bietet, steht in der Regel im Widerspruch zu dem, was Eltern und Kinder tatsächlich brauchen. Das Leben selbst zur Ware zu machen – wie es mit Patenten auf Pflanzen und Gene bereits erfolgt – bedeutet, es längerfristig zu deformieren und zu zerstören, weil der Warenwert nicht dafür geeignet ist, es als Ganzheit zu reproduzieren.

Die Erwerbstätigen in diesen Bereichen geraten so in einen Konflikt zwischen ihrer materiellen Existenzsicherung (zu der sie heute die Erwerbsarbeit brauchen) und ihrer Existenz als menschliche Wesen und zur Menschlichkeit. Dieser Konflikt schließt ein, daß sich die Erwerbstätigen zum Widerstand gegen die unwiederbringliche Zerstörung von Lebensgrundlagen entschließen oder dazu motiviert werden könnten.

Von dieser Vermarktung des Lebens sind nicht nur die Familienhaushalte betroffen, sondern auch die *staatlichen und gemeinnützigen Dienstleistungen*, wie Gesundheitswesen, Allgemein- und Hochschulbildung, Kunst, Altersvorsorge. Diese wurden aus gutem Grund bisher überwiegend dem Markt entzogen. Auf diesen Gebieten tobt schon seit den letzten Jahrzehnten ein Kampf um die Privatisierung. Die Multis wollen sich auf diese Weise neue Märkte erschließen, auf Kosten des Abbaus von sozialen Leistungen und des Zugangs zu Bildungs-, künstlerischen und wissenschaftlichen Möglichkeiten für

8 Im Jahre 2000 hielten Frauen im Alter von 18 bis 59 Jahren in den neuen Bundesländern zu 95 Prozent Arbeit (gemeint ist Erwerbsarbeit) für sehr wichtig (79 Prozent) oder wichtig (16 Prozent). Von den Männern waren dies 93 Prozent. Vgl. Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (Hrsg.): Sozialreport 1+2/2000, Sonderheft 10 Jahre deutsche Einheit, S. 16.

9 Die »stille Reserve« bezieht Frauen und Männer ein, die derzeit nicht gezielt nach einer Erwerbsarbeit suchen, aber aktiv werden würden, falls sich eine Gelegenheit dazu bietet.

10 Vgl. DIW Wochenbericht, 29/2000, S. 463.

11 Der Grad der Unterbeschäftigung ist bei ostdeutschen Frauen mit Abstand am höchsten. Er betrug 1999 54,8 Prozent; bei ostdeutschen Männern aber »nur« 37,4 Prozent, gefolgt von westdeutschen Frauen mit 23,6 Prozent und westdeutschen Männern mit 16,1 Prozent. Als Unterbeschäftigung wurden berücksichtigt: Arbeitslose, Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, stille Reserve, befristete, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und Teilzeitarbeit (soweit diese wegen fehlender Vollzeit Arbeitsplätze ausgeübt wird), negativer Pendler-saldo – in Prozent der lohnabhängigen Erwerbstätigen insgesamt. Nach Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (Hrsg.): Sozialreport 1+2/2000, Sonderheft 10 Jahre deutsche Einheit, S. 24.

12 In den neuen Bundesländern haben seit 1990 rund 70 Prozent der Erwerbstätigen Zugeständnisse gemacht, indem sie sich verschlechternde Arbeitsbedingungen akzeptierten, um überhaupt einen Arbeitsplatz zu ergattern. Vgl. Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (Hrsg.): Sozialreport 1+2/2000, Sonderheft 10 Jahre deutsche Einheit, S. 21.

13 Vgl. DIW-Wochenbericht, 30/2000.

14 Vgl. Karl Marx: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 182.

15 Vgl. Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/New York 1996, S. 140.

16 Unternehmensberatungen bieten inzwischen Programme für »UnternehmerInnen ihrer selbst« reihenweise an. Theoretische Hilfestellung für die Analyse dieser neuen Erscheinungen bietet ein Rückgriff auf fragmentarisch gebliebene »Herrschafts- und Selbsttechnologien« von Michel Foucault an.

Vgl. Michel Foucault: Die Gouvernementalität, in: U. Bröckling, S. Krasmann, Th. Lemke: Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M. 2000, S. 41 ff.

Diese eröffnen Möglichkeiten, über die Bewahrung und Rückeroberung des (Sozial)Staates hinaus weitergehende Handlungs-

alle Bevölkerungsgruppen. Der Kampf findet bisher vorwiegend mit finanziellen Nicht-Argumenten statt. Gegenargumente, wie der Vorschlag des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung* (Berlin) zu einer solidarischen, auf gleichheitlichen Grundlagen beruhenden Altersvorsorge¹³, werden kaum von der politischen Öffentlichkeit aufgegriffen. Proteste verhalten bisher ungehört, auch deshalb, weil sie keine wirklichen Alternativen zu bieten vermögen.

Die beschriebene *Vermarktung des Lebens selber* hat sehr weitreichende Folgen für die *Art und Weise*, in der die Erwerbsarbeit vor sich geht. Denn wenn (vermögende) Menschen besondere gesundheitliche, Bildungs-, künstlerische Leistungen käuflich erwerben, müssen andere da sein, die diese Entäußerungen ihrer Persönlichkeit verkaufen. *Karl Marx* konnte noch davon ausgehen, daß der Arbeiter lediglich seine Arbeitskraft verkauft, nicht sich selbst und das wiederum hauptsächlich während der Arbeitszeit¹⁴. Heute fordern nicht nur die multinationalen Konzerne, daß die Beschäftigten flexibel reagieren – also alles können sollen, rund um die Uhr verfügbar sein, sich mit ihrer ganzen Person für die Firma einsetzen, sich mit ihr identifizieren etc.

Der *Verkauf der ganzen Person* ist am weitesten fortgeschritten bei den sogenannten *Wissensangestellten* – akademisch ausgebildeten Menschen, die vor allem im Management, in der Forschung, in der Planung und ähnlichem tätig sind. Die Nachfrage nach solchen Angestellten hat sich seit den sechziger Jahren in den USA und auch in Deutschland mehr als verdoppelt. In den USA gehören zu dieser Gruppe bereits rund ein Fünftel aller Beschäftigten; sie kassieren aber vier Fünftel der Gesamtarbeitseinkommen¹⁵.

Mit der tendenziell totalen und globalen Vermarktung verkaufen Erwerbstätige faktisch ihr ganzes Menschsein und werden so zu »UnternehmerInnen« nicht allein ihrer Arbeitskraft, sondern ihrer selbst, die ihr ganzes Leben auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft hin organisieren, weil dieser allein ihnen den Kauf von Lebensmitteln und Dienstleistungen ermöglicht.¹⁶ Kreativität, Empathie, Verantwortungsbewußtsein, lebenslanges Lernen, Innovation, (bedingte) Selbstverwirklichung sind gefragt. Das sind Fähigkeiten und Fertigkeiten, welche – isoliert betrachtet – auch aus marxistischer Sicht traditionell als Beiträge zu einer emanzipatorischen Entwicklung angesehen wurden und werden. Geraten sie jedoch in den Sog tendenziell totaler Vermarktung, werden sie zu »fiktiven Waren«¹⁷, werden dem Profitstreben unterstellt und geraten dadurch faktisch in das »Reich der Notwendigkeit«, obwohl ihre Potenzen sich doch nur unter freiheitlichen Bedingungen lebensfreundlich und weitgehend entfalten können.¹⁸ »Zugang« zum Markt zu haben oder nicht, entwickelt sich zum Kriterium dafür, welche Menschen beziehungsweise -gruppen in die postindustrielle Gesellschaft integriert sind und welche sich als ausgegrenzte wiederfinden.

Aus der Sicht des »Zugangs« ist die Teilnahme an der Erwerbsarbeit differenziert zu betrachten. Selbst ein beträchtlicher Teil der Erwerbstätigen erhält heute bereits kaum Zugang, wie gering verdienende, wenig qualifizierte, die meisten in Teilzeit arbeitenden. Dazu kommen die Langzeitarbeitslosen, die Mehrzahl der Sozialhilfeempfänger, manche Rentner und viele Frauen im Erwerbsalter.

Die ökonomische Globalisierung verschärft die Zugangsbedingungen, weil hochqualifizierte Arbeitssuchende direkt gegeneinander konkurrieren und für wenig qualifizierte der Wert ihrer Arbeitskraft sinkt.

Die »Unternehmer/innen ihrer selbst« bilden eine neue Profitquelle, bestehend aus hoch qualifizierten kreativen Menschen, die aus scheinbar eigenem Antrieb alle ihre Kräfte anspannen und Innovationen zugunsten von Extraprofit für wenige Kapitaleigentümer in Gang setzen. Mit absolut weiter steigenden Vorleistungen, immer größeren Produktions- und Vertriebsmaßstäben führt das zur Vermarktung weiterer Bereiche der unmittelbaren Reproduktion des Lebens. Nicht nur untere Schichten, auch Künstler, Wissenschaftler usw. werden sich der Vermarktung entziehen müssen, wollen sie ihrer Berufung treu bleiben.

»Unternehmer oder Manager ihres Lebens« treten deutlich mit der ins Gewicht fallenden tendenziell totalen Vermarktung unmittelbarer Reproduktion des Lebens auf die Tagesordnung. Vorher wurden diese Funktionen überwiegend nichtmarktwirtschaftlich ausgeübt – im Rahmen der Familienarbeit (vorwiegend Frauen) und durch staatliche oder gemeinnützige Institutionen. Durch die zunehmende Vermarktung der unmittelbaren Reproduktion des Lebens verwandeln sich faktisch Lebenstätigkeiten, die auf dem Markt ge- und verkauft werden, in Pseudomittel zum Leben, wie die eigene Problemlösung in gekauftes Management. Eigentum steht also nicht im Gegensatz zum Zugang, wie Rifkin es darstellt¹⁹, sondern ist eine Bedingung dafür.

Die Vermarktung der unmittelbaren Reproduktion des Lebens führt zu janusköpfigen Wirkungen: Einmal erweitert sich der Radius patriarchal kapitalistischen Wirtschaftens, der Erwerbsarbeit und damit des Profits. Zum anderen wird – trotz wachsenden »Selbstmanagements der Arbeitskraftunternehmer« – das Potential von Wachstumsfaktoren dadurch eingeschränkt. Diese Begrenzungen werden in der Tendenz desto größer, je mehr in »fiktive Waren« »investiert« wird. Je mehr Lösungen im Rahmen des Bestehenden gesucht werden, desto gewaltiger wird der Sog des Mahlströms.

Mit der Beschleunigung und Totalisierung der Vermarktung kündigt sich eine bisher nicht gekannte *Spaltung* – zutreffender gesagt: *Polarisierung* – zwischen den lohnabhängig Beschäftigten an. Diese wiederum betrifft Frauen wesentlich stärker als Männer. Bei Männern verhalten sich untere und obere Hierarchieebenen in der Erwerbsarbeit gewissermaßen wie ein ganz unten etwas entäteter kegelförmiger Baum, bei Frauen wie ein bauchiges Gefäß mit einer ganz dünnen Spitze. Eine Frau, die rund um die Uhr für die Firma verfügbar sein soll, kann das nur, wenn sie auf die Familienarbeit verzichtet oder diese auf andere Familienangehörige ablädt, die entsprechenden Dienste kauft, das heißt, dafür in der Regel andere Frauen beschäftigt. So setzt sich immer mehr eine *tiefe Differenzierung zwischen den erwerbstätigen Frauen* durch: auf der einen Seite die vergleichsweise wenigen hochqualifizierten, gut verdienenden, die sich faktisch wie Männer an der Erwerbsarbeit beteiligen. Auf der anderen Seite befindet sich die Mehrzahl der Frauen, qualifizierte und weniger qualifizierte, in Voll- und in Teilzeit beschäftigte,

spielräume zu erkämpfen, wie unter anderem von Ulrich Bröckling (vgl. Bröckling, Krasmann, Lemke 2000: 131 ff.) anhand von Ambivalenzen im Management der eigenen Person, wie Persönlichkeitscoaching und Selbstmanagement und von Niklas Rose (vgl. Bröckling, Krasmann, Lemke 2000: 72 ff.) mit der Hoffnung auf Communities als Mittel und Ziel neuen Regierens nachgewiesen wurde.

17 Als »fiktive Waren« werden hier bezeichnet: die Arbeitskraft, darunter die Verausgabung von »allgemeiner Arbeit« im Marxschen Sinne, und die Naturressourcen. Es handelt sich um Elemente der unmittelbaren Reproduktion des Lebens, deren Reproduktionserfordernisse durch den Warenwert nicht adäquat ausgedrückt werden können.

18 Der »Nicht-Zugang« oder der nur partielle bedeutet jedoch, daß ebenfalls Existenzprobleme – anderer Art – für die Ausgegrenzten auftreten. Daß beide Entwicklungsrichtungen scheitern, verdeutlicht, wie existentiell das Suchen nach nichtpatriarchalen nichtkapitalistischen Alternativen geworden ist.

19 Die »Zugangsgesellschaft« (access-society) wird schon seit 1987 diskutiert. Neuerdings wieder bei Jeremy Rifkin: Access. Das Verschwinden des Eigentums, Frankfurt/New York 2000, S. 9-15.

Alleinerziehende und Ehefrauen, Mütter und Nicht-Mütter, die sich auf den unteren Hierarchieebenen sammeln. Dazu gehören auch diejenigen qualifizierten Frauen, die Kinder und Erwerbsarbeit weiter miteinander verbinden wollen, deren Arbeitseinkommen aus einer Teilzeitarbeit aber nicht ausreicht, um eine andere Frau für die Familienarbeit zu bezahlen.

Mit der tendenziellen Etablierung des Lebens selbst als Ware wird vom bürgerlichen Gleichheitsgrundsatz abgerückt. Damit bilden sich faktisch zunehmend Klassifizierungen heraus, die – wie in der Vorgeschichte des deutschen Faschismus – schließlich auch die Ausmerzung bestimmter Menschengruppen als gesellschaftlich gerecht erscheinen lassen könnten, wie die Entwicklung vom »Opfer« zum »Kriminalitätsrisiko«, von der individuellen Gesundheitsfürsorge zur Kontrolle genetischer Risiken, die Neudefinition des Krankheitsbegriffs im Sinne von Risiken als Krankheit. Letztlich tritt »an die Stelle der Visionen sozialen Fortschritts ... ein therapeutisches Regime der Selbstoptimierung«²⁰.

Die *frauentypische Art einer generellen Polarisierung* in der »postindustriellen« Gesellschaft wird von der Frauenpolitik noch kaum als Problem thematisiert, obwohl Differenzierungen anderer Art breit diskutiert werden, wie zwischen europäischen und afrikanischen Frauen, zwischen hetero- und homosexuellen, zwischen Mittelschichtsangehörigen und Frauen aus Arbeiterkreisen. In der Diskussion um die »Zukunft der Arbeit« wurden Haushaltsdienstleistungen sogar überschwänglich als Weg zu mehr Frauenerwerbsarbeit gefeiert, der aber – so wie er ursprünglich gedacht war – scheiterte.²¹ Nun könnte eingewendet werden, daß Dienstbotinnenarbeit nicht neu ist, und es sei auf das vorige Jahrhundert und die erste Hälfte dieses Jahrhunderts verwiesen. Damals vollzog sie sich jedoch im fast durchgehend dominierenden *Modell des Familienernährers* als Unterstützung der Hausfrau und unter ihrer Leitung.

Neu ist, daß es sich *bei beiden Polen um Erwerbsarbeit leistende Frauen* handelt, von denen die Mehrzahl nach wie vor Familien- und Erwerbsarbeit gleichzeitig verausgibt, darunter (bezahlte) Familienarbeit für andere Frauen und sich die Minderheit auf Kosten anderer Frauen frei macht von Familienarbeit. Sie entledigt sich damit auch eines Teils patriarchaler Fesseln, tauscht aber dafür den faktischen Verkauf ihrer Person, das heißt, ebenfalls eine (post)moderne Form der Sklaverei ein, die sich jedoch von der der anderen Frauen unterscheidet. Verschwinden patriarchale Verhältnisse im Zuge der tendenziell totalen Vermarktung aller Lebenstätigkeiten? Können Frauen, sofern sie patriarchal abhängig sind, überhaupt zu »Unternehmerinnen ihres eigenen Lebens, darunter ihrer Arbeitskraft« werden? In der Tendenz zur totalen Vermarktung aller Lebenstätigkeiten liegt zweifellos die Vermarktung auch der Reproduktionsarbeit. Wegen der Widersprüche zu den Reproduktionserfordernissen wird sich zeigen, daß die Vermarktungstendenz hier an Grenzen stößt. Das Patriarchat bleibt, aber es ändert seine Formen. Ähnlich wie der »Zugang« nicht für alle möglich ist, heften sich die patriarchalen Verhältnisse an bestimmte Frauen (wohl die Mehrzahl), während sich die Frauen, die den »Zugang« erreichen, sich ihrer weitgehend entledigen. Wie der »Zugang« die Gesellschaft segmentiert, so seg-

20 Thomas Lemke in: U. Bröckling, S. Krasmann, Th. Lemke: *Gouvernementalität der Gegenwart...*, a. a. O., S. 244.

21 Franziska Wiethold: *Hoffnungsträger Dienstleistungssektor. Über Nie.drigentgelte zu mehr Arbeitsplätzen?*, in: *WSI-Mitteilungen*, 1/1998, S. 26 ff; Susanne Bittner, Claudia Weinkopf: *Dienstleistungspools am Scheideweg*, in: *WSI-Mitteilungen*, 4/2000, S. 256 ff.

mentiert er die Frauen hinsichtlich der Wirkungsweise patriarchaler Verhältnisse.

Folgende Hypothese liegt nahe: Es deutet sich ein zwar fragmentiertes, aber auch machtgerieres Patriarchat an, das partiell mit der Vermarktung der unmittelbaren Reproduktion des Lebens verschmilzt und dadurch besonders entmündigend wirkt, bei zunehmender Polarisierung unter den Frauen. Für alle erwerbstätigen Frauen tritt zusätzlich zur patriarchalen eine quasi-persönliche Abhängigkeit, wobei sich quasi-persönliche Abhängigkeiten auch zwischen Frauen aus unterschiedlichen Schichten entwickeln. Von einem fragmentierten Patriarchat zu sprechen, ist nicht nur wegen partieller Auflösungstendenzen begründet, sondern tendenziell totale Vermarktung substituiert teilweise den Einfluß patriarchaler Zwänge. So zum Beispiel, wenn hochqualifizierte, gut verdienende Frauen die Reproduktionsarbeit überwiegend von anderen Frauen verrichten lassen, während weniger verdienende Frauen nach wie vor diese Arbeiten selbst und noch zusätzliche verrichten müssen.

Diese hier bewußt zugespitzte, aber sich tatsächlich bereits ausprägende Polarisierung wirft frauenpolitisch einige brisante Fragen auf. Einmal die Frage nach der *Rolle der Erwerbsarbeit für die Gleichstellung der Geschlechter*. Nach früheren Vorstellungen, die auch weitgehend in staatssozialistischen Ländern wie in der DDR praktiziert wurden, sollte die Erwerbsarbeit Frauen die Gleichberechtigung mit dem Mann bringen (wie bei *Friedrich Engels, Clara Zetkin, Lilly Braun, Simone de Beauvoir*).

Die beschriebenen Trends erfordern es, die Rolle der Erwerbsarbeit für die Gleichstellung der Geschlechter zu überdenken. *Erwerbsarbeit* ist als gesellschaftliche Beziehung, als Norm und Wertvorstellung unter den derzeitigen Konstellationen im Begriff, *sowohl* diejenigen auf (post)moderne Art in unterschiedlicher Weise *in ihrer ganzen Person zu versklaven*, die anscheinend durch ihre *Integration in ein Erwerbsarbeitsverhältnis* von ihr profitieren *als auch* diejenigen, die wenig, ungünstig oder *nicht in Erwerbsarbeit integriert* sind. Dazu kommt die *faktische Mittäterschaft* aller Erwerbstätigen an der unwiederbringlichen Zerstörung von Lebensgrundlagen. Unter deformierten und/oder zerstörten Lebensgrundlagen macht aber ein Kampf um Gleichstellung keinen Sinn mehr. Deshalb muß die *heutige Erwerbsarbeit aufgehoben werden*, um eine Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Das bedeutet, *alle Arbeit* (sowohl die Erwerbs- als auch die Familien- und andere Arbeit) *umzuorientieren auf die Erhaltung von Lebensgrundlagen, auf die Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit*, an der jede/r sich beteiligt. Damit würden sowohl Klassen- als auch soziale Geschlechterverhältnisse verändert. Das geht nicht durch einen plötzlichen Bruch, sondern muß allmählich durch Veränderungen im gegenwärtigen Rahmen vorbereitet werden.

Eine wichtige Voraussetzung dafür ist allerdings, *Klassen- und patriarchale Verhältnisse zusammenzudenken*. Es bleibt eine Herausforderung für Feministinnen, dieses Zusammenwirken von patriarchalen und Klassenverhältnissen in ihre Überlegungen aufzunehmen und die aktuellen Veränderungen im Patriarchat zu analysieren. »Arbeit« als gesellschaftliches Verhältnis entstand historisch als

gleichzeitige Disziplinierung durch Klassenverhältnisse *und* durch das Patriarchat. Ursprünglich bildete sich das Patriarchat heraus, weil die Erfahrungen mit Nachdruck ergaben, daß die Reproduktion der Gattung Mensch nicht gesichert werden konnte, wenn Frauen und/ oder Kinder als Tribute oder als Waren gehandelt wurden. Heutzutage kann das Patriarchat seine ursprüngliche Funktion immer weniger erfüllen. Es beginnt mit den Kapitalverhältnissen zu verschmelzen, wie es sich am Beispiel der Reproduktionstechnologien und der in Vorbereitung befindlichen Produktion von menschlichen Organen zeigt.

Frauenpolitik am Scheideweg

Auf Emanzipation gerichtete Frauenpolitik scheint derzeit auch bei den Arbeitsverhältnissen weit in die Defensive gedrängt. Die gesellschaftlichen Polarisierungsprozesse wirken schon tief in die Frauenbewegung hinein. Es fehlt ein gemeinsamer Nenner für die vielfältigen ökologischen, sozialen und weiteren Aktivitäten, auch weil sich die Gruppen gegenseitig auskonkurrieren und weil Berührungspunkte bestehen, die einen gemeinsamen (pluralistisch entwickelten) Nenner mit zentralistischen Vorgaben verwechseln. Wie in der politischen Landschaft generell sind nicht wenige frauenpolitisch Engagierte von jenem Denken befangen, wonach es zur Marktwirtschaft keine Alternative gibt. Marktgerechtes Verhalten gilt weit verbreitet bekanntlich als erstrebenswert, manche Frauenzentren orientieren sich daran, den Selbstwert und den Marktwert der Frauen zu erhöhen, Gegenmeinungen werden als altmodisch und exotisch bewertet oder erst gar nicht zur Kenntnis genommen.²²

Unter diesen Vorzeichen droht Frauenpolitik ihren gleichstellungspolitischen Biß zu verlieren, droht sogar lediglich Marktbedürfnisse zu befriedigen und dafür auch alte feministische Forderungen zu instrumentalisieren. Ein Beispiel dafür sind nicht nur die Regelungen für die geringfügige Beschäftigung, auch die Quotierung bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die im Osten faktisch wirkungslos ist, da sie Frauen sowieso kaum bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt bringt.

Jedoch ist das Bedürfnis nach emanzipatorischer Politik und dabei die Notwendigkeit, diese den veränderten und sich weiter verändernden Bedingungen entsprechend zu gestalten, praktisch größer denn je. So kommt zum Beispiel mit weiter zunehmender Teilzeitarbeit und den schon genannten Polarisierungstendenzen einer Anerkennung des *Rechts auf eigenständige Existenzsicherung* für Frauen immer größere Bedeutung zu. Nach offiziellen Daten der Statistik verfügten 1996 in Westdeutschland von den in Vollzeit beschäftigten Frauen rund 28 Prozent über kein existenzsicherndes Einkommen, von den in Teilzeit arbeitenden fast 80 Prozent! Bei den westdeutschen Männern waren es jedoch nur zehn Prozent.²³ Das allein spricht schon für sich. Die Angaben für Ostdeutschland waren bisher nicht vergleichsfähig.

Carola Möller kritisiert diese offiziellen Angaben, denn sie schätzen die Situation. Sie geht davon aus, daß ein existenzsicherndes Einkommen über der Armutsgrenze liegen muß. Auf Basis von westdeutschen Daten errechnete sie für 1996 ein notwendiges Einkommen

22 Dies ist natürlich ein generelles gesellschaftliches Problem. So dominieren auch in der Ökologiebewegung derzeit die Marktbefürworter (vgl. von Weizsäcker und andere). Diese nehmen offensichtlich nicht zur Kenntnis, was die Marktdominanz schon an Tatsachen geschaffen hat. Als Beispiel: Genfood und Gifte in der Nahrungskette. Hier fragen sich Wissenschaftler bereits: ›Wird diese Nahrung bewirken, daß Menschen mit größeren Mägen und kleineren Gehirnen die besten Anpassungs- und damit Überlebenschancen haben?‹

23 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1997, S. 111. Das Jahr 1996 wurde als Bezugsbasis gewählt, um vergleichen zu können.

von mindestens 1800 Mark je Monat und Frau. Nach ihren Berechnungen verfügten 77 Prozent (!) der Frauen im Alter von mehr als fünfzehn Jahren entweder über kein Einkommen oder über kein existenzsicherndes.²⁴ Wenn sich neoliberale Vorstellungen der Unternehmen und auch der Regierung, wie bei der »Reform« der Altersrenten durchsetzen, wird sich die Lage noch verschlechtern. Den ungünstigsten Fall zeigt ein Beispiel des Vergleichs mit den USA – deren Niveau unter anderem die Unternehmerverbände anstreben –, wonach eine Verkäuferin in Deutschland bei einer Lohnstruktur wie in den USA anstelle von zweitausend Mark nur 950 Mark erhalten würde.²⁵

Umverteilungsmaßnahmen im Rahmen des Bestehenden haben sich hierbei bisher eher als zeitweilige Notlösungen erwiesen, obwohl sie noch immer von nicht wenigen sozial denkenden Menschen aus linken Zusammenhängen verfochten werden. Auch eine Reihe von Feministinnen, so *Luise Gubitzer*²⁶ lassen sich davon leiten, daß ein Recht auf Arbeit nicht mehr realisierbar sei und erst recht keines auf ein existenzsicherndes Arbeitseinkommen. *Gubitzer* greift deshalb den Vorschlag von *André Gorz*²⁷ auf, ein allgemeines, bedingungslos garantiertes Grundeinkommen einzuführen. Dafür will sie die Frauenpolitik neu motivieren. Selbst wenn das politisch realisierbar wäre – wonach es derzeit nicht aussieht –, besitzt dieses Konzept deutliche gleichstellungspolitische Defizite. Die Bezieher von Grundeinkommen wären von vornherein von der Arbeit anderer abhängig und könnten deshalb nicht als Gleiche in der Gesellschaft agieren. Daß dann von ihnen Alternativen entwickelt werden, können sich nur akademische Zirkel vorstellen, die über die Ressourcen Wissen und Kommunikationsfähigkeit verfügen, was für die Mehrzahl der Menschen, die aus existenzsichernder Erwerbsarbeit ausgegrenzt sind, bedeutend weniger zutrifft. Ein Grundeinkommen müßte mehr sein als Hilfe zum Überleben – dafür gibt es die Sozialhilfe. Es müßte die Würde der Menschen erhalten und deshalb auf gleichheitlichen Bedingungen beruhen, die allen die Möglichkeit geben, Lebensnotwendiges selbst durch eigene Tätigkeit (nicht durch Einsatz von Vermögen) zu schaffen. Das bedeutet tatsächlich eine Umwertung derzeitiger Werte und bedingt auch eine andere Anerkennung sowohl von Familienarbeit als auch von heute unterbewerteter Frauenerwerbsarbeit, wie in der Pflege. Ein physisches Überleben allein zu sichern, ist dabei Grundvoraussetzung, reicht aber nicht aus, um Perspektiven zu geben, um zum zivilgesellschaftlichen Handeln zugunsten von universellen Menschenrechten zu motivieren. Einen Weg dorthin zu eröffnen, könnte sowohl die Vorstellungen eines bedingungslos garantierten Grundeinkommens als auch die einer sozialen Grundsicherung beinhalten, um das Problem einer *Umbeurteilung und Umverteilung der Gesamtarbeit auf alle* zu erweitern. Angemessen wäre ein Recht auf gleiche Teilnahme an den notwendigen Lebenstätigkeiten, wozu alles gehört, was zur Erhaltung von Lebensgrundlagen und Leben erforderlich ist, unabhängig davon, ob es heute als Erwerbs- oder Familienarbeit oder als Hobby organisiert ist. Eine solche Forderung wäre geeignet, gegenwärtige Probleme auf eine Weise zu lösen, die Spielräume für nichtpatriarchale, nichtmarktwirtschaftliche Alternativen eröffnet.

24 Carola Möller: Feministische Ansätze zu einer alternativen Ökonomie, Vortrag im »Frauenforum Ökonomie & Arbeit«, Köln 1996.

25 Gerhard Bosch: Niedriglöhne oder Innovation, in: WSI-Mitteilungen, 12/1999, S. 862.

26 Luise Gubitzer, Peter Heintel: Koppeln und Entkoppeln: Grundsicherung versus Grundeinkommen, in: Erich Kitzmüller, Ina Paul-Horn (Hg.), Alternative Ökonomie, Wien 1998, S. 37-42.

27 André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt/M. 2000.

Das könnte auch der Diskussion um Arbeitszeitverkürzung und sozial gerechte Umverteilung von Arbeit neue Impulse verleihen und Handlungsspielräume dafür schaffen. Diese scheitern derzeit vor allem daran, daß sie Verteilungsspielräume nur *im Rahmen der derzeitigen Bedingungen* suchen. Eine beginnende Umorientierung auf Erhaltung von Lebensgrundlagen könnte *neue Spielräume* erschließen. Hierbei handelt es sich um notwendige und wichtige Ergänzungen zum Kampf um eine Umverteilung von oben nach unten. Denn Umverteilungspotenzen erschöpfen sich durch die ökologischen und sozialen Schäden im Zuge ungebremsten profitorientierten wirtschaftlichen Wachstums immer mehr. Der (im Geldausdruck noch wachsende) Warenreichtum täuscht über den *Substanzverzehr* hinweg, der offen und verdeckt bereits abläuft (unter anderem Wald, Boden, Infrastruktur, die Zunahme von »Zivilisationskrankheiten« betreffend).

Deshalb ist ein *politischer Spagat* notwendig: Die alten Spielräume nutzen und zugleich neue vorbereiten, damit überhaupt Handlungsfelder verbleiben und erweitert werden, denn wenn weiter wie bisher nur im Rahmen des Bestehenden Veränderungen gesucht werden, verringern sich die Möglichkeiten dazu immer mehr. Ein Problem auch in der Frauenpolitik besteht darin, daß sie diesen Spagat (noch?) nicht als Aufgabe annimmt.

Angemessene Auswege oder Alternativen

Feministische Konzepte beziehen sich noch immer vorwiegend auf Lösungsvorschläge für Frauen(gruppen), kaum auf solche für die ganze Gesellschaft. Die Mehrzahl frauenpolitischer Arbeitsmarktaktivitäten ist darauf gerichtet, frauentypische Probleme und Erfordernisse in jeweils umfassendere Konzepte einzubringen. Wenn gefragt wird, auf welche Entwicklung des Arbeitsmarktes sie wie reagieren, lassen sich diese vereinfachend zu vier Wegen zusammenführen:

Erstens: Alle bisher unbezahlte Arbeit soll in bezahlte und damit in Erwerbsarbeit verwandelt werden. Dies entspricht, ob es den jeweiligen Initiatorinnen bewußt ist oder nicht, einer Übertragung der derzeit dominierenden Tendenz zur totalen Vermarktung aller Lebenstätigkeiten auf die Arbeitsverhältnisse.

Zweitens: Kombinationsvarianten, die Erwerbsarbeit, Bürgerarbeit (gemeinnützig orientiert) und ehrenamtliche Arbeit miteinander verknüpfen und dadurch die Kritik an mangelnden Erwerbsarbeitsplätzen abschwächen wollen – denn auch außerhalb von Erwerbstätigkeit werde gearbeitet. Am bekanntesten wurde diese Version durch die Bayrisch-Sächsische Zukunftskommission.

Drittens: »Ersatzarbeitsmärkte«, die überwiegend in ihnen tätige Personen de facto auf Dauer abwerten und diskriminieren, wie die meisten der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wenigstens in Ostdeutschland. Sie sind Ausdruck der sich vollziehenden Polarisierung unter den Erwerbstätigen selbst.

Viertens: Alternative Veränderungen der Arbeits- und Lebenswelt. Diese unterscheiden sich wiederum nach solchen, die mehr oder weniger bereits heute ihren eigenen Interessen leben (wie die ökologische Kommune Reinighof) und jenen, die nach Perspektiven suchen,

um stärker in die Gesellschaft hineinzuwirken (wie zum Beispiel die Kommune Niederkaufungen, Selbstversorgungsprojekte, Frauenprojekte, Ökofeministinnen, gemeinwesenorientiertes Wirtschaften).

Erstrebenswert wäre eine umfassende Kombination von alternativen Veränderungen der Arbeits- und Lebenswelt mit feministischen sozialen und ökologischen Anliegen und deren Umorientierung auf die Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit unter pluralistischen Vorzeichen.

In Richtung einer *Verwandlung aller Arbeit in Erwerbsarbeit* geht die Forderung nach Entlohnung von Hausarbeit, ebenfalls die nach Entgelt für ehrenamtliche Arbeit, wie sie unter anderem Frauen in der katholischen Kirche erheben.²⁸ Auch die Auflistung ungetaner, aber notwendiger Arbeiten auf ökologischem Gebiet, in der Infrastruktur, Stadtentwicklung usw. zielt in der Regel noch darauf ab, bisher ungetane Arbeit in Erwerbsarbeit zu verwandeln (vgl. unter anderem das Beschäftigungsprogramm der EU).²⁹ Ähnlich gelagert ist der vielbeschworene »Dritte Sektor«, in dem heute hauptsächlich die Perspektiven für Erwerbslose gesehen werden, das heißt faktisch in Jedermann- und Jedefrau-Arbeiten in sozialen, ökologischen und ähnlichen Bereichen.³⁰

Auf den ersten Blick scheint die Forderung nach Verwandlung aller Arbeit in Erwerbsarbeit gerecht und sozial orientiert zu sein. Dennoch greift sie lediglich an Augenblicksinteressen an und ist angesichts der lebenszerstörenden Folgen einer faktischen Verwandlung aller Lebenstätigkeiten in Erwerbsarbeit längerfristig ohne Perspektive. Wer aber will in einer Gesellschaft, in der für die Mehrzahl der Bevölkerung die Erwerbsarbeit (noch) Existenzgrundlagen, Ansehen und gesellschaftliche Position, Lebensinhalt usw. bestimmt, diese Orientierung in Frage stellen? Diejenigen, die dies tun, würden doch verdächtigt, die Notwendigkeit der Arbeit für die Existenzsicherung zu unterschätzen oder sie würden nicht ernst genommen. Jede/r scheut (noch?) einen Tabubruch in dieser Frage. Wenn Versuche gemacht werden, dann überwiegend in konservativer Richtung (Bürgerarbeit), wobei sogar einige Linke, wie *Adam Schaff*, deren Positionen übernehmen.³¹

Jedoch ist ein Tabubruch – und zwar aus emanzipatorischer Sicht – nicht zu umgehen, wenn der Weg in eine (post)moderne Sklaverei versperrt werden soll. Eine Erwerbsarbeit *um jeden Preis* muß gestoppt werden, sowohl durch lebenserhaltende Veränderungen innerhalb der Erwerbsarbeit selbst als auch durch Existenzsicherung außerhalb von Erwerbsarbeit (wie in Kommunen, informeller regionaler Wirtschaft). Dazu sind derzeit wohl die meisten Erwerbstätigen nicht bereit.

Zugleich ist aber ausgerechnet worden, daß mit 15 bis 25 Prozent des derzeitigen Arbeitskräftepotentials alle zum Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen herstellbar wären.³² Eine Umorientierung und Neuverteilung der (Gesamt)Arbeit bedeutete deshalb keinen Verzicht auf Lebensqualität. Es geht nicht um ein bloßes Verzicht, sondern um ein *anderes* Wirtschaften und Leben. Daraus folgt aber auch, daß Arbeitsmarktprobleme heute nicht mehr aus sich selbst heraus lösbar sind, sondern nur in Verbindung mit dem Erarbeiten und dem Sichtbarmachen von gesellschaftlichen Alternativen

28 Vgl. Mechthild Hartmann-Schäfers: Das Ehrenamt: Mutter Kirche und ihre dienstbaren Töchter? in: U. Klammer, S. Plonz (Hg.): Menschenrechte auch für Frauen!?, Berlin 1999, S. 147-161

29 Vgl. Thomas Rhein: Rolle der Europäischen Union in der Beschäftigungspolitik, in: IAB-Kurzbericht, Nr. 13 (vom 23. September 1999).

30 Vgl. Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, a. a. O.; Ute Klammer, Christina Klenner: Aufbruch in die Zivilgesellschaft – Frauen voraus? Hoffnungen und Defizite eines männlich geprägten Diskurses, in: U. Klammer, S. Plonz (Hg.): Menschenrechte auch für Frauen!?, a.a.O. S. 83-112.

31 Vgl. Adam Schaff: Ökumenischer Humanismus, Salzburg 1992.

32 Vgl. Karl Georg Zinn: Jenseits der Markt-Mythen. Wirtschaftskrisen: Ursachen und Auswege, Hamburg 1997.

und der allmählichen Veränderung der öffentlichen Meinung. Das bedeutet, gegen den Strom zu schwimmen.

Unter *Kombinationsvarianten* werden hier Konzepte zusammengefaßt, die eine Art von »Arbeitsgesellschaft« wiederherstellen wollen, indem sie im gesellschaftlichen Ansehen jede Arbeit, ob bezahlt oder unbezahlt, gleich werten. Sie gehen davon aus, daß es staatsbürgerliche Pflicht und ein Recht sei, daß jeder seinen Beitrag zur Arbeit leistet, indem er (oder sie) Erwerbsarbeit, Bürgerarbeit und ehrenamtliche Arbeit kombiniert. Bürgerarbeit könnte zugespitzt als Arbeit in gemeinnützigen Organisationen bezeichnet werden, wie in Wohlfahrtsorganisationen, die als Gegenleistung für ein Bürgergeld verausgabt wird. Das Bürgergeld wiederum bezieht sich in den Diskussionen entweder auf eine soziale Mindestsicherung (am Existenzminimum) oder auf Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung. Es wird dabei aber keineswegs die Frage gestellt, ob und wie jeder an der Erwerbsarbeit teilhaben kann. Erwerbsarbeit und Bürgerarbeit werden also in diesen Konzepten de facto gegeneinander austauschbar behandelt. Bürgerarbeit würde besonders Arbeiten umfassen, die nicht vermarktbar sind und deshalb drohen, ungetan zu bleiben. Damit würde eine moralische Pflicht etabliert, daß alle, die staatliche Unterstützung beziehen, dafür Bürgerarbeit zu leisten haben. Arbeitslose gäbe es eigentlich dann auch nicht mehr, denn diese würden Bürgerarbeit leisten. Daß die meisten Frauen (wenigsten die ostdeutschen) schon immer diese drei Arbeitsarten miteinander kombinieren, spricht dagegen, daß damit etwas Neues erfunden wurde.³³

33 Wie es die Herren von der Bayrisch-Sächsischen Zukunftskommission, vom Club of Rome und von »New Work« meinen – vgl. Beck, Ulrich: Erwerbsarbeit durch Bürgerarbeit ergänzen, in: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen – Teil III, Bonn 1997, S. 146-168; Orio Giarini, Patrick M. Liedtke: Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome, Hamburg 1998.

Eigentlich werden mit den Kombinationsvarianten soziale Probleme kaschiert, aber nicht gelöst. Zudem wären die vorhandenen Institutionen dem Ansturm der Arbeitslosen zur Bürgerarbeit in keiner Hinsicht gewachsen. Ungleichheiten in den Chancen wären de facto fixiert, aber nicht aufgehoben. Was als Folgerung bleibt, um gegen diese Zumutungen aufzutreten, ist die politische Forderung nach gleichen Möglichkeiten zur Existenzsicherung durch eigene (Gesamt)Arbeit für alle.

»Ersatz-Arbeitsmärkte« umfassen sinngemäß solche »Arbeitsfördermaßnahmen«, die weitgehend nicht mehr mit dem »ersten Arbeitsmarkt« verbunden sind, insbesondere in Ostdeutschland, wie die meisten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, zum Teil Fortbildung und Umschulung, manche Arbeitsplätze mit Lohnkostenzuschuß, partiell auch Hilfe zur Arbeit für Sozialhilfeempfänger.

Daß »Ersatz-Arbeitsmärkte« derzeit notwendig sind, um Menschen eine gewisse Zeit wieder aufzubauen, daran besteht kein Zweifel. Daß sie überwiegend nicht in eine reguläre Erwerbsarbeit führen, sondern zu unterprivilegierten dauerhaften Sammelbecken werden (vor allem von Frauen) mit Dequalifizierung, Zwangs-Teilzeitarbeit, niedrigen Entlohnungen usw., ist ebenfalls eine Tatsache. Sie haben zudem kaum eine langfristige Perspektive, da sie vom jeweiligen guten Willen der politisch Mächtigen abhängig sind. Gerade in Ostdeutschland sind bei aller bereits eingetretenen Dequalifizierung in diesem Bereich zugleich noch viele Ressourcen versammelt. Die Unternehmen nutzen diese kostenlos, wo sie nur können – wie bei der Vorbereitung von Gewerbegebieten – und verteufeln sie

im gleichen Zuge. Hier bestehen aber auch Ressourcen, die mit dazu beitragen könnten, Alternativen zu schaffen.

Als alternativ werden hier jene Aktivitäten bezeichnet, die in die Richtung von nichtpatriarchalen, nichtmarktwirtschaftlichen, nichtkapitalistischen Entwicklungen gehen (wollen)³⁴ – in eine dieser Richtungen oder in alle gleichzeitig.³⁵ Es gibt mehr *alternative Aktivitäten* als gemeinhin bekannt sind. Die Frauen und Männer in diesen Projekten wollen bereits heute anders arbeiten und leben: solidarisch, ökologisch, selbstbestimmt, nicht auf Kosten der Dritten Welt usw. Dabei erlernen sie ein anderes Umgehen miteinander, sammeln Erfahrungen mit einem anderen Wirtschaften. Ihre Aktivitäten sind unverzichtbar, um Alternativen zu schaffen. Derzeit zeugen ihre Ergebnisse aber eher davon, daß sie Alternativen *vorbereiten*, aber noch nicht diese Alternativen ausgestaltet haben.

Diese Auffassung wird eindeutig durch das Beispiel des »Öko-Feminismus« von *Veronika Bennholdt-Thomsen* und *Maria Mies* bestätigt. Sie wollen, daß Menschen sich selbst ihre Existenz sichern, indem sie in Genossenschaften, in Kommunen, in Frauenprojekten gemeinsam arbeiten und zum Teil auch leben. Sie wollen im Einklang mit der Natur sein und wie *Maria Mies* formulierte, schließlich »lebenssatt sterben«.³⁶ In ihren Gemeinschaften finden sie in der notwendigen Arbeit und im Zusammenleben ihre Vorstellungen von Gleichheit und Freiheit realisiert. Ist das aber schon die Gleichheit und Freiheit, die dazu beiträgt, auf die Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit umzuorientieren und damit die irreversible Zerstörung von Lebensgrundlagen zu stoppen?

Zumindest bleiben Fragen offen, die eher auf Notlösungen, auf »Überleben« und weniger auf »gutes Leben« in einem für alle emanzipatorischen Sinne schließen lassen. *Maria Mies* spricht davon, daß sie schon die »Freiheit in der Notwendigkeit« haben wolle, das heißt, in der tagtäglichen Arbeit.³⁷ Damit steht sie nicht allein. Wenn aber freiheitliche Spielräume mit der notwendigen Arbeit verschmelzen, dann fehlen die Potenzen, sich an öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen, dann fehlen sowohl freie Zeit als auch die Kompetenzen dafür und es mangelt an der Motivation, die notwendige Arbeit rationeller zu organisieren (woran unter anderem die staatssozialistischen Länder scheiterten).

Wenn die vielen und vielfältigen alternativen Gruppen sich mehr als bisher vernetzen und auf einen gemeinsamen Nenner (die Lebensgrundlagen) einigen wollten, kämen die genannten Probleme sofort ans Licht. So aber bleiben sie (noch) Nischen. Eine Orientierung auf Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit und ihre Einflußnahme auf die öffentliche Meinung bis zum Zusammenwirken mit humanistischen Kräften aus demokratischen Parteien, Gewerkschaften usw. könnte ein Weg sein, feministische wie alternative Politik überhaupt wieder zu stärken. Dazu wäre allerdings eine Selbstverständigung zu diesen Fragen dringend notwendig.

34 *Carola Möller* hat in ihrem Handbuch in einem ersten Zugriff allein 182 Antworten von 777 angeschriebenen Gruppierungen aus dem Spektrum der vor allem von Frauen getragenen alternativ wirtschaftenden Projekte veröffentlicht, vom Tauschring über die Selbstversorgungs- und Produktivgenossenschaft bis zum (regionalen) Projektverbund.

Vgl. *Carola Möller*, *Brigitte Bleibaum*, *Ulla Peters*, *Lilo Steitz*, *Alena Wagnerova*: *Wirtschaften für das »gemeine Eigene«*. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften, Berlin 1997, S. 18 ff.

35 Unter der Überschrift »Jenseits von Erwerbsarbeit – Wege und Perspektiven« wurden in *Braun, Anneliese*: *Arbeit ohne Emanzipation und Emanzipation ohne Arbeit?*, Berlin 1998, potentielle Alternativen analysiert.

36 Vgl. *Maria Mies*: *Patriarchat und Kapital*, Zürich 1992, S. 279.

37 *Veronika Bennholdt-Thomsen*, *Maria Mies*: *Eine Kuh für Hillary. Die Substanzperspektive*, München 1997, S. 25.